



UPOTUDAK

**ALLGEMEINE SITUATION IN DEN
GEFÄNGNISSEN DER TÜRKEI**

ALLGEMEINE SITUATION IN DEN GEFÄNGNISSEN DER TÜRKEI

Es ist offensichtlich, dass die Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Blöcken vor allem für die Arbeiter*innenklasse und alle unterdrückten Schichten noch mehr Armut mit sich bringen. Die inneren Umstrukturierungen der imperialistischen Staaten werden im Rahmen eines neuen imperialistischen Verteilungskrieges rasant neugestaltet. Die geschaffene Atmosphäre von Besatzung und Krieg greift in vielen Bereichen des Lebens der Werktätigen mit reaktionären Gesetzen und entzogenen Rechten ein. Die durch die Erhöhung der Militärausgaben entstehenden Haushaltsdefizite werden durch neue Steuern den Werktätigen aufgebürdet. Alle reaktionären Staaten bemühen sich, sich im Zuge dieser Phase neu zu reorganisieren. Die bürgerlichen Staaten nutzen die Macht, die sie aus der Kontrolle über Produktion und Kapital besitzen, um auch den sogenannten Mechanismus von Recht und Gerechtigkeit in ihrem eigenen Interesse zu betreiben. In solchen Prozessen werden selbstverständlich jene Gruppen zuerst ins Visier genommen, die dem System am dynamischsten und „bedrohlichsten“ erscheinen. Deshalb werden weltweit die Arbeiter*innenklasse und ihre organisierten Kräfte sowie die Völker und Vertreter*innen, die nationalen Befreiungskämpfe führen, zum Ziel. Diese Ausrichtung der Herrschenden äußert sich entweder in Vernichtung oder in der Füllung der Gefängnisse. Gegen diejenigen, die sie nicht töten, wenden sie in den Gefängnissen ein vollständiges Feindrecht an und greifen zu Isolation und Folter.

Während der 23-jährigen AKP-Herrschaft hat sich die staatliche Organisation, die das Machtinstrument der türkischen herrschenden Klassen darstellt, im Interesse des Imperialismus und der heimischen Kompradorenbourgeoisie neu geformt. Das „Präsidialsystem“ ist die aktuelle Form dieser Umgestaltung; es ist eine autoritäre Neustrukturierung, die vom Kapital und den imperialistischen Zentren benötigt wird.

Mit diesem System wurden alle Institutionen des Staates zentralisiert – nicht im Interesse des Volkes, sondern zugunsten der imperialistischen Monopole und der Machtclique. Von der Justiz bis zu den Medien, von der Legislative bis zu den Sicherheitskräften wurde jeder Bereich zu einem Unterdrückungsinstrument des Kapitals gemacht.

Der Kern dieser Neustrukturierung ist die „Aufstandsbekämpfungsstrategie“. Die Versuche des Volkes, der Arbeiter*innenklasse und der revolutionären Kräfte, sich zu organisieren, werden zerschlagen; Gewerkschaften, demokratische Institutionen und gesellschaftliche Opposition werden eingeschüchtert. Jede Gruppe, die sich nicht dem Machtblock unterordnet – ja sogar die systeminterne Opposition – wird als „terroristisch“ abgestempelt, und der politische Spielraum wird vollständig eingeengt.

In einem solchen Prozess wurden selbst spontane wirtschaftliche und demokratische Proteste der Arbeiter*innenklasse und der werktätigen Bevölkerung mit faschistischer Gewalt unterdrückt. Streiks wurden verboten, Demonstrationen aufgelöst, Festnahmen und Inhaftierungen alltäglich gemacht. Der türkische Staat hält sich nicht einmal an seine eigenen Gesetze auf dem Papier. Die Immunität von Abgeordneten wurde ignoriert, und Tausende von Menschen wurden aufgrund ihrer Gedanken inhaftiert.

In der politischen Geschichte der Türkei waren die Gefängnisse stets eines der Mittel des Staates, um politische Opposition zu unterdrücken. Besonders die linke-sozialistische Bewegung, die kurdische Freiheits Bewegung, Frauen- und Studierendenwiderstände sowie andere gesellschaftliche Oppositionsdynamiken wurden häufig mit dem Label „Terror“ kriminalisiert, und Tausende von Menschen wurden aus politischen Gründen inhaftiert. Die in den letzten Jahren in Kraft getretenen Anti-Terror-Gesetze haben die Gedanken- und Meinungsfreiheit nahezu vollständig eingeschränkt. Tausende Menschen, die Beiträge

in sozialen Medien geteilt, an gewerkschaftlichen Aktionen teilgenommen oder journalistische Tätigkeiten ausgeübt haben, wurden wegen „Propaganda für eine Organisation“ oder „Mitgliedschaft in einer Organisation“ festgenommen. Die Justiz hat ihre Unabhängigkeit weitgehend verloren; die Gefängnisse sind mit Tausenden von Menschen gefüllt, die aufgrund ihrer politischen Identität festgehalten werden. Dieser Prozess steht sinnbildlich für eine Phase, in der die Unterdrückung der Opposition durch die Justiz systematisiert wurde.

Trotz aller Repressionen haben politische Gefangene in der Türkei im Laufe der Geschichte eine starke Widerstandstradition geschaffen. Von den Hungerstreiks 1984 bis zu den F-Typ-Gefängnisprotesten der 2000er Jahre haben politische Gefangene ihren Kampf nicht nur mit ihren Körpern, sondern auch mit ihren Schriften, ihren Solidaritätspraxen und ihrem kollektiven Bewusstsein fortgeführt.

RECHTSVERLETZUNGEN IN DEN GEFÄNGNISSEN DER TÜRKEI UND DRUCK AUF POLITISCHE GEFANGENE

Die Gefängnisse in der Türkei fungieren seit vielen Jahren nicht nur als Orte der Bestrafung, sondern auch als eines der wichtigsten Instrumente des politischen Regimes zur Unterdrückung der Opposition. Besonders in den letzten zehn Jahren haben die zunehmende Autoritarisierung, die Politisierung des Rechtssystems und die Einschränkung der Meinungsfreiheit dazu geführt, dass Tausende von Menschen aus politischen Gründen festgenommen wurden. Dies hat die Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen systematisch werden lassen. *Journalist*innen, Gewerkschafter*innen, Studierende, Akademiker*innen und Politiker*innen* werden häufig allein wegen ihrer geäußerten Gedanken unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer Organisation“ oder der „Propaganda“ ins Gefängnis geschickt. In der Türkei, wo die Justiz seit ihrer Gründung nicht unabhängig ist, sind Gerichtsverfahren zu einem „Instrument politischer Säuberung“ geworden. Auf diese Weise haben sich die Gefängnisse in politische

Räume verwandelt, in denen Tausende Menschen aus verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Opposition festgehalten werden.

Unter den mehr als vierzigtausend politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen befinden sich sowohl Menschen, gegen die keinerlei Beweise vorliegen, als auch solche, die trotz Gutachten, die zu über 70 % ihre Haftunfähigkeit bescheinigen, weiterhin als Geiseln festgehalten werden.

In europäischen Ländern nehmen die Angriffe auf einheimische und migrantisierte Revolutionär*innen zu. *Besonders in Deutschland, aber auch in Frankreich und anderen Ländern wird mit neuen Gesetzen gegen Kräfte vorgegangen, die das imperialistisch-kapitalistische System kritisieren und dagegen kämpfen: Bei Straßenprotesten werden sie angegriffen, massenhaft festgenommen und für viele Jahre inhaftiert. Deutschland verhängt auf Grundlage der Artikel 129a und 129b des Grundgesetzes lange Haftstrafen gegen migrantische Revolutionär*innen*, weil sie in ihren Herkunftsländern gegen faschistische Unterdrückung kämpfen. Besonders Kurdische und Türkisch stämmige Aktivist*innen sind diesen Angriffen ausgesetzt.

Politische Gefangene werden nicht nur ihrer Freiheit beraubt, sondern auch grundlegender Menschenrechte. Berichte von Organisationen wie der Stiftung für Menschenrechte der Türkei (TiHV), dem Menschenrechtsverein (iHD) und dem Verein Zivilgesellschaft im Strafvollzug (CISST) zeigen, dass die Rechtsverletzungen in den Gefängnissen weit verbreitet und strukturell sind.

Die wichtigsten Rechtsverletzungen treten in folgenden Formen auf:

- **Einschränkung des Kommunikations- und Nachrichtenrechts:** Briefe politischer Gefangener werden beschlagnahmt, Telefonate zensiert, Besuche willkürlich verhindert.

-
- **Isolationshaft und Einzelhaft:** Besonders in den Hochsicherheitsgefängnissen vom Typ F werden lange Einzelhaftstrafen verhängt und soziale Kontakte auf ein Minimum reduziert.
 - **Verletzung des Rechts auf Gesundheit:** Gefangenen mit chronischen Erkrankungen wird notwendige Behandlung vorenthalten, Krankenhausüberweisungen werden verzögert oder willkürlich abgelehnt.
 - **Unterdrückung kultureller und politischer Identität:** Rechte wie das Sprechen auf Kurdisch, das Besitzen bestimmter Bücher oder der Zugang zu politischem Material werden eingeschränkt; Gefangene erhalten Disziplinarstrafen.
 - **Gewalt und Misshandlung:** Gewalt durch Wärter*innen, entwürdigende Leibesvisitationen, willkürliche Disziplinarstrafen und „Sicherheitsverlegungen“ sind Teil einer Einschüchterungspolitik, die über reine Bestrafung hinausgeht.

Die Türkei ist Vertragsstaat internationaler Abkommen wie der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte. Doch die Praxis in den Gefängnissen widerspricht diesen Verpflichtungen offen. Trotz Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) dauern Festnahmen im Rahmen der Meinungsäußerung an, und die Existenz politischer Gefangener wird geleugnet.

RECHTSVERLETZUNGEN UND SITUATION IN DEN GEFÄNGNISSEN

„Laut den Daten der Generaldirektion für Strafvollzug und Gefängnisse gibt es in der Türkei mit Stand vom 1. November 2024 insgesamt 406 Vollzugsanstalten: 273 geschlossene Gefängnisse, 100 eigenständige offene Gefängnisse, 4 Erziehungsheime für Kinder, 12 geschlossene Frauen- und 8 offene Frauengefängnisse sowie 9 geschlossene Kindergefängnisse. Die Gesamtkapazität beträgt

299.042 Personen. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es sich dabei bereits um eine erhöhte Kapazität handelt — unter normalen Umständen dürften nur etwa zwei Drittel dieser Zahl in den Einrichtungen untergebracht sein.

Im Jahr 2022 wurden 22 neue Gefängnisse eröffnet, 2023 weitere 19 und im Jahr 2024 nochmals 12. Laut Haushaltsplan des Justizministeriums für 2025 sollen im kommenden Jahr 11 weitere Gefängnisse eröffnet werden. Dies zeigt, dass die vorherrschende Regierungslogik eine Zukunftsvision entwirft, die im Wesentlichen auf Inhaftierung basiert.“ (iHD Gefängnisbericht 2024)

Die Gefängnisarchitektur und das Strafvollzugssystem der Türkei haben sich stets parallel zur Sicherheitsdoktrin der politischen Macht und ihrem Umgang mit gesellschaftlicher Opposition entwickelt. Der Militärputsch vom 12. September 1980 veränderte nicht nur das politische Regime, sondern auch das Strafvollzugssystem grundlegend. Die damals eingeführten neuen „Typ“-Gefängnisse waren Ausdruck des sicherheitsorientierten Paradigmas des Staates.

Die nach dem Putsch entwickelten Gefängnisstrukturen zielten darauf ab, politische Gefangene zu isolieren, kollektive Lebensformen zu zerstören und Widerstandskultur zu brechen. Von den 1980ern bis heute gebaute Gefängnistypen wie E, H, F, D, L, T, Y und S zeugen von den verschiedenen Phasen dieser Strategie.

Mit dem Putsch wurde das frühere Großraum-Koğuş-System aufgegeben und E-Typ-Gefängnisse errichtet, bestehend aus 16–20-Personen-Zellen, die das kollektive Leben einschränkten. In danach errichteten H-Typ-Gefängnissen reduzierte man dies auf 4–6 Personen, wodurch Isolation weiter vertieft wurde. Die politische Bedeutung dieser Entwicklung liegt klar darin, Solidarität und Organisation im kollektiven Leben zu verhindern.

Im Jahr 2000 wurden schließlich die F-Typ-Gefängnisse eingeführt — die extremste Form des Systems. Gebäude mit ausschließlich Ein-

oder Drei-Personen-Zellen institutionalisierten das „Isolationsregime“, das von internationalen Menschenrechtsorganisationen als „psychologische Folter“ bezeichnet wird.

Laut Daten vom Juni 2025 befinden sich 416.927 Gefangene und Inhaftierte in türkischen Gefängnissen.

„In der Türkei werden in 402 Gefängnissen mit einer Gesamtkapazität von 304.964 Personen insgesamt 420.904 Menschen festgehalten. 120.013 befinden sich in offenen, 300.891 in geschlossenen Gefängnissen. 357.646 sind verurteilt, 63.258 in Untersuchungshaft. Unter ihnen sind 200 LGBTI+ Personen, 14.276 Migrant*innen, 1.453 lebenslang ohne Bewährung Verurteilte. Es gibt 269 Gefangene mit Behinderungen: 19 mit Sprachbehinderung, 42 mit Sehbehinderung, 28 mit Hörbehinderung, 18 mit Hör- und Sprachbehinderung und 162 mit orthopädischen Beeinträchtigungen. 6.543 Gefangene sind über 65 Jahre alt. 2025 konnten 77.014 Gefangene eine Ausbildung fortsetzen; 58.500 gingen einer versicherten beruflichen Tätigkeit nach.

In den Gefängnissen werden 4.561 Kinder im Alter von 12–18 Jahren festgehalten, darunter 187 Mädchen. Unter den 19.290 weiblichen Gefangenen leben 434 Kinder im Alter von 0–3 Jahren und 388 Kinder zwischen 4–6 Jahren mit ihren Müttern.“ (CISST Bericht)

Die Kapazitäten sind damit um etwa 100.000 Gefangene überbelegt. Die Türkei nimmt in Europa beim Anteil der Inhaftierten pro Einwohner den ersten Platz ein. Laut Europaratsstatistik von 2022 sitzen in der Türkei 355 von 100.000 Menschen im Gefängnis (Durchschnitt in Europaratsländern: 117). Die Überbelegung steigt seit 2015 kontinuierlich.

In den letzten zehn Jahren — mit den Gezi-Protesten, den Zwangsverwaltungen in kurdischen Gemeinden, Verhaftungen von Politiker*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen und

Oppositionellen — hat das AKP-MHP-Regime gezeigt, dass es keinerlei Widerspruch duldet.

Auch die Repression gegen kranke Gefangene hält an. Zahl der dokumentierten kranken Gefangenen: **1.412** (161 Frauen, 1.251 Männer).

Zahl der schwerkranken Gefangenen: **335** (230 können sich nicht selbst versorgen).

Zentrale Rechtsverletzungen: Untersuchung in Handschellen, mangelnde Hygiene, verspätete Überweisungen sowie unmenschliche Bedingungen bei Transporten.

In den letzten Jahren wurden zusätzlich die Hochsicherheitsgefängnisse vom Typ S und Y eingeführt, die Isolation politischer Gefangener weiter verschärfen.

Menschenrechtsgruppen bezeichnen sie als „Brunnentyp“-Gefängnisse — ein Hinweis auf die extremen Isolationsbedingungen.

Laut Justizministerium wurden 2021 insgesamt 32, 2022 22 und 2023 16 neue Gefängnisse eröffnet.

Darunter: 7 S-Typ-, 14 Y-Typ-Anstalten. S-Typ: Manavgat, Antalya, Bodrum, Iğdır, Kırşehir, Kavak, Çarşamba Y-Typ: Adana Suluca, Aksaray, Antalya, Burdur, Erzurum, Kırşehir, Konya Ereğli, Tekirdağ Karatepe

Offiziell sollen diese Gefängnisse „für lebenslänglich ohne Bewährung Verurteilte und Terrorverdächtige“ dienen. In der Praxis werden jedoch zahlreiche politische Gefangene aufgrund vager Vorwürfe wie „disziplinarisches Fehlverhalten“ dorthin verlegt. Dies zeigt, dass Isolation zu einem politischen Kontrollinstrument geworden ist. KONKRETE PROBLEME IN DEN GEFÄNGNISSEN

1. Isolation und Einzelhaft

Politische Gefangene verbringen den Großteil des Tages allein; Teilnahme an Aktivitäten ist abgeschafft oder willkürlich

eingeschränkt. Langzeitisolation führt zu schweren psychischen Erkrankungen wie Angst, Depression, Schlaf- und Gedächtnisstörungen.

2. Einschränkung des Kommunikationsrechts

Briefe werden zensiert, Familien- und Anwaltsbesuche blockiert, Telefonate auf 10 Minuten pro Woche reduziert.

3. Verletzung des Rechts auf Gesundheit

Häufig keine Behandlung, Zwang zu Untersuchung in Handschellen, verspätete Medikamentenversorgung. Über 600 kranke und über 70 schwerkranke Gefangene (Stand 2024).

4. Zensur bei Literatur und Gedankenfreiheit

Politische Bücher verboten, Veröffentlichungen beschlagnahmt, eigene Texte zurückgehalten.

5. Willkürliche Disziplinarstrafen und blockierte Entlassungen
„Gutes Verhalten“-Bewertungen blockieren politisch motiviert Entlassungen.

6. Spezifische Probleme für weibliche politische Gefangene
Entwürdigende Durchsuchungen, mangelhafte Hygieneprodukte, keine weiblichen Ärztinnen.

7. Zwangsverlegungen

Gefangene werden hunderte Kilometer entfernt verlegt — ein Bruch des Rechts auf Familienkontakt.

PROBLEME VON LGBTI+ GEFANGENEN

LGBTI+-Gefangene werden oft unter dem Vorwand des „Schutzes“ isoliert — faktisch Einzelhaft. Trans Frauen werden teils in Männergefängnissen untergebracht — massives Risiko für Gewalt und Übergriffe. Psychische und körperliche Gewalt durch Personal und andere Gefangene ist dokumentiert. Hormontherapie wird verweigert oder unterbrochen. Identität wird nicht anerkannt,

bevorzugte Namen nicht verwendet. Teilnahme an Bildung, Arbeit, Sport wird verweigert. Hohe Suizidrate aufgrund Isolation und familiärer Ablehnung.

FAZIT

Die Repression, Folter und Isolation in Gefängnissen sind Teil einer allgemeinen Einschränkung demokratischer Rechte. Widerstand — drinnen wie draußen — hat jedoch immer wieder starke Gegenbewegungen hervorgebracht: Hungerstreiks, Proteste, kollektive Petitionierung, internationale Solidarität.

Wir müssen politische Gefangene durch kollektive Aktionen, juristische Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit stärken. Mails, Briefe, Solidaritätskampagnen und Vernetzung bilden Schutzräume gegen Isolation—und machen staatliche Menschenrechtsverletzungen sichtbar. Jede Form der Solidarität gegen Isolation, Zensur, Diskriminierung und Folter verteidigt die Menschenwürde und bringt Licht in die dunkelsten Räume des autoritären Staates.

info@upotudak.net